Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 814, 964, 965, 1580, 1582, 1589. Für Nachtgespräche 1860.
Geschäftsstelle: Amt Zentrum 1909, 2848, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 40 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 336. Mittwoch, 16. Juli 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Der Landarbeiterstreik.

Eigene Drahtmeldung.

W. Stettin, 15. Juli.

Das Organ der hiesigen Mehrheitssozialdemokraten setzt seinen Kampf gegen den Belagerungszustand fort. Das Blatt hat heute seine Ausführungen zu dieser Sache mit der über die ganze Seite gehenden Ueberschrift „Die Justiz und die Militärherrschaft in Pommern" überschrieben. Gestern fand eine kombinierte Vorstandssitzung der sozialdemokratischen Parteivereine Stettins, Randows und Greifenhagens statt, in der beschlossen wurde, heute eine Kommission zum Reichswehrminister zu senden, um die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen.

Wie aus Greifswald berichtet wird, sind im Kreise Franzburg auf 20 bis 30 Gütern Streiks ausgebrochen. Die Streikenden üben Terror aus; sie verhindern die Arbeitswilligen an der Arbeit, mißhandelten einen Gutsbesitzer, warfen einen andern vom Pferde ab. Von anderer Seite wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schon vor dem Abschlusse standen, als die Verhandlungen scheiterten. Unter anderen Streikpunkten kommt am meisten der Unterschied in der Bemessung der Gesamtdeputatlöhne in Frage. Die Arbeiter fordern etwa 350 Mark im Jahre mehr, als die Arbeitgeber gewähren wollen. Letztere hatten, als die Verhandlungen aufgehoben werden mußten, die bindende Zusage gegeben, daß sie die demnächst zu vereinbarenden Löhne ab 1. April nachträglich geben wollten. Trotzdem und trotz der Mahnung des Bezirksarbeiterrats, sich ruhig zu verhalten und weiter zu arbeiten, traten die Landarbeiter in den Ausstand. Auf Rügen, wo bereits seit längerer Zeit ein Tarifvertrag in Gültigkeit ist, der aber im Herbst gekündigt werden soll, sind die Arbeiter ebenfalls unruhig. Die Bewegung scheint sich vorläufig allerdings auf Vorpommern zu beschränken, wenigstens sind aus den Kreisen hinter Stettin keinerlei Nachrichten über Arbeitseinstellungen eingelaufen. Es herrscht hier allerdings auch eine gewisse Unzufriedenheit über die Nichterreichung des Zehnstundentages. Der Vorsitzende des Vereins der landwirtschaftlichen Arbeiter mit dem Sitz in Greifswald richtet an seine Mitglieder die Mahnung, wegen dieser einen Stunde und mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte die Arbeit nicht ruhen zu lassen, sondern zu warten, bis am 1. April kommenden Jahres die Frage geregelt wird.

* * *

Zu dem Landarbeiterstreik im Kreise Stralsund erfahren die „B. P. N.", daß die Streikenden zum Teil durch wilden Terror zum Streik gezwungen werden. Es sollen Trupps von 8 bis 20 und 30 Mann, mit Knüppeln bewaffnet, die einzelnen Gutsbezirke aufsuchen und die Arbeitswilligen bedrohen. Für die erforderliche Abhilfe wird Sorge getragen werden.

Leider scheint es nicht ausgeschlossen, daß der Landarbeiterstreik im Kreise Franzburg zu sein. Von hier aus wird immer wieder versucht, die Landarbeiter der Umgegend in Streiks hineinzuhetzen. Obgleich die Organisationen gegen den Streik sind, finden sich doch Leute, die sich verhetzen lassen. Es bleibt indes zu hoffen, daß die Arbeitswilligen die Oberhand behalten.

Generalstreik in Stettin.

W. Stettin, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Vertrauensmänner der Stettiner Gewerkschaften haben heute abend nach längeren Verhandlungen ungefähr gegen ganz wenige Stimmen beschlossen, morgen früh 8 Uhr in den Generalstreik zu treten, um den kommandierenden General zu zwingen, nicht nur den Belagerungszustand aufzuheben, sondern auch das Streikverbot für die Landarbeiter zu beseitigen. In der Versammlung der Magistratshilfsarbeiter, die später stattfand, wurde von dem Beschluß Mitteilung gemacht und die Versammelten aufgefordert, ihm nachzukommen. Es ist leicht möglich, daß der Generalstreik, wenn er auch auf die lebenswichtigen Betriebe ausgedehnt wird, zu einem Gegenstreik der Bürger führt.

Eine Anfrage in der Nationalversammlung.

Weimar, 15. Juli. Der Abgeordnete Dr. Mittelmann (D. V.) brachte in der Nationalversammlung eine Anfrage ein: In verschiedenen Gegenden, namentlich aber in der Provinz Pommern, sei eine große Bewegung unter den Landarbeitern im Gange, die durch gewissenlose Hetzer dazu gebraucht werden sollen, während der Ernte in den Ausstand zu treten. Das Gelingen eines Erntestreiks würde eine schwere Geschädigung des gesamten Volkes bedeuten. Er fragte, welche Maßnahmen die Regierung getroffen habe, um den drohenden Erntestreik zu vereiteln und die Einbringung der Ernte und damit die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen.

Der ostpreußische Streik im Erlöschen.

Aus Mohrungen in Ostpreußen wird berichtet: Der Streik ist erloschen; er hat etwa acht Tage gedauert und erstreckte sich auf etwa 70 Ortschaften. Die Arbeiter waren größtenteils arbeitswillig und wurden nur durch wenige Aufwiegler terrorisiert. Nachdem Ende voriger Woche Militär eingetroffen war und den Schutz der Arbeitswilligen übernommen hatte, ist der Streik bis auf sieben Ortschaften mit einem Areal von zirka 24 000 Morgen erloschen. Die Forderungen waren in den verschiedenen Ortschaften verschiedener Natur. In einzelnen wurde der Streik damit motiviert, daß zu viel Aufsichtsbeamte vorhanden seien. Es wurde eine Teuerungszulage gefordert für den Verlauf der Grenzzeit. Ueber diese Forderung wird zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Königsberg noch verhandelt. Von Ort zu Ort gegen Truppe, die die Arbeiter in den einzelnen Orten zwangen, die Arbeit niederzulegen und in den Streik einzutreten. Es ist in einzelnen Fällen auch zu Ausschreitungen gekommen, indem diejenigen, die sich dem Streik nicht anschließen wollten, verprügelt worden sind. In einzelne Gutshöfe wurde eingedrungen und Vorräte entwendet.

Frankreichs Sozialisten gegen Versailles.

Die Notwendigkeit einer Vertragsrevision.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allgem. Ztg."

⊙ Paris, 15. Juli.

Der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei hat sich nach dreitägiger Aussprache mit 1420 gegen 54 Stimmen gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages ausgesprochen. Außer Albert Thomas, der für die Ratifizierung eintrat, sprachen sich die Führer der sozialistischen Partei, besonders Sembat, Renaudel und Longuet, sehr heftig gegen das Werk der Pariser Konferenz aus und forderten dessen entschiedene Verwerfung. Auch der oberelsässische Delegierte Grumbach stimmte gegen die Ratifikation, weil der Friedensvertrag in Widerspruch mit dem Wilsonprogramm stehe, in geheimen Sitzungen ausgearbeitet worden sei, die für einen lebensfähigen Völkerbund notwendigen Grundsätze nicht verwirkliche und nicht einmal ein Konkurs von einem Weltwirtschaftsplan aufweise. Grumbach beklagt sich außerdem über die gegenwärtige französische Verwaltung in Elsaß-Lothringen, die besonders der sozialistischen Bewegung die größten Schwierigkeiten bereite und überall ein Angebertum und Spitzelwesen begünstige. Wenn Frankreich diese Regie nicht abschaffe, werde es ein großes Unglück geben. In seinem Kommentar zu den sozialistischen Beschlüssen schreibt Marcel Cachin in der „Humanité": Indem die Sozialisten sich weigern, die Akte von Versailles zu ratifizieren, werden sie sich die volle Handlungsfreiheit für das nötige Werk der Revision des Friedensvertrages wahren.

Bern, 15. Juli. Im Nationalrat der sozialdemokratischen Partei Frankreichs nahm Bedouce zur falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die der Friedensvertrag einschlägt, scharf Stellung, man hätte die Kriegskosten und Kriegslasten zusammenwerfen müssen. Amerika würde eine derartige Lösung begrüßt haben. Jetzt scheinen sich Amerika und England mit ungefähr 150 Milliarden zufriedengeben zu wollen; davon erhält Frankreich ungefähr 50 Prozent, also etwa 70 bis 80 Milliarden. Die übrigen Nationen seien Frankreich gegenüber zu nichts mehr verpflichtet. Sembat erklärt gleichfalls, die hohle Phrase, Deutschland werde alles bezahlen, sei heute in ihrer Unhaltbarkeit offenkundig geworden. Der Friedensvertrag werde nicht ein neues Friedenseuropa, sondern ein Kriegseuropa schaffen, hierin liege die Gefahr. Die gefährliche nationalistische Strömung werde genügen, um die Schranken fallen zu lassen. Renaudel protestierte gegen die Beschlagnahme der deutschen Kolonien, die der größte Skandal innerhalb des Friedensvertrages seien, unter allgemeinem Beifall erklärte er, Freiheit bringe der Vertrag für Frankreich nicht. Kurz vor dem Schluß der Sitzung ergriff Longuet zu einer langen Rede das Wort. Er führte kampfsächlich aus: Man hätte schon vor zwei Jahren Frieden schließen können, als Kaiser Karl seine Vorschläge machte, man hätte hunderttausend Menschenleben retten und große Gebiete vor der Zerstörung bewahren können.

„Populaire" berichtet, daß heute vormittag anläßlich des Nationalfestes die Kriegsbeschädigten von der Föderation aller Kämpfer sich nach dem Kirchhof Père Lachaise begeben wollten, um Kränze an den Gräbern der Gefallenen niederzulegen. Die Polizei habe den Zug angegriffen, ebenso an einer anderen Stelle einen Zug von etwa 250 Kriegsbeschädigten. An beiden Stellen hätte es Verwundete gegeben.

Die Lebensmittelversorgung Europas.

Amsterdam, 15. Juli. „Manchester Guardian" schreibt, die britische Regierung hoffe, daß eine Art von Weltkooperation eingerichtet werden wird, um die Lebensmittelversorgung Europas sicherzustellen. Sie schlage vor, den Obersten Wirtschaftsrat bestehen zu lassen, er soll seinen Sitz in Washington haben. Nicht nur den Neutralen soll geraten werden, dieser Organisation beizutreten, sondern auch Deutschland und die übrigen früher feindlichen Staaten sollen binnen kurzem zum Beitritt aufgefordert werden. Damit würde der Oberste Wirtschaftsrat auf gleichen Fuß mit dem Völkerbund gebracht werden. Man rechnet zugleich damit, daß er sich vielleicht zu einer Abteilung des Völkerbundes entwickeln werde. Amerika hat dem Plan noch nicht zugestimmt und soll auch nicht dazu geneigt sein. Die Amerikaner wollen nicht länger als nötig irgendwelche Verantwortung in Europa übernehmen oder Europa Einfluß auf ihre eigenen Angelegenheiten gestatten.

Amsterdam, 15. Juli. Wie das Pressebureau Radio aus New York mitteilt, wurde die Bildung einer Organisation zwecks Ernährung der Kinder in Europa bekanntgegeben. Sie wird das von der amerikanischen Hilfsorganisation sogenannte Werk in Europa fortsetzen.

Vorläufig noch keine Erhöhung der Brotration!

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die durch die Presse gegangene Meldung, daß vom 1. Oktober an eine Erhöhung der Brotration eintreten werde, ist in dieser Form nicht zutreffend. In den Verhandlungen des Achtundzwanzigerausschusses in Weimar konnten bestimmte Zusagen in dieser Hinsicht noch nicht gegeben werden. Die Möglichkeit, spätestens vom Oktober ab mehr Brot zur Verteilung zu bringen, hängt sowohl vom Ausfall der Erfassungs- und Ausdreschmöglichkeit der Ernte als auch vor der Gestaltung der Getreideeinfuhr ab. Faktoren, die durch zahlreiche Umstände, wie vor allem die Gestaltung unserer Valuta, die Kohlenförderung usw. einschneidend beeinflußt werden. Nicht zuletzt wären die Wirkungen von Landarbeiterstreiks geeignet, die Hoffnungen auf Erhöhung der Brotration zu vernichten.

England — „eine Nation in Waffen".

tg. Amsterdam, 15. Juli. Wie „Daily News" meldet, hielt Sir Douglas Haig in Aberdeen eine Rede, in der er erklärte, jeder herumwachende junge Engländer müsse im Gebrauch des Gewehres unterwiesen werden, damit, wenn die nächste große Probe komme, wie sie eines Tages sicher kommen werde, England eine Nation in Waffen sei, bereit und vorbereitet, um sich dieser Probe gewachsen zu zeigen.

Die Verstaatlichung der russischen Industrie durch die Bolschewisten.

Amsterdam, 15. Juli. Wie das Pressebureau Radio meldet, veröffentlicht das russische Informationsbureau in New York eine Mitteilung über die Verstaatlichung der russischen Industrie durch die Bolschewisten. Darin wird hervorgehoben, daß so gut wie die gesamte Industrie lahmgelegt ist, weil die Mittel zur Bezahlung der Arbeiter fehlen.

Keine Abschaffung des Adels.

Von unserem Sonderberichterstatter.

K. Weimar, 15. Juli.

Die Nationalversammlung setzte heute früh die Beratung des Verfassungsentwurfs beim zweiten Hauptteil, der von den Grundrechten und Grundpflichten handelt, fort. Artikel 107 bestimmt, daß die Grundrechte und Grundpflichten die Rechtschaft und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern bilden. Ueber den Artikel setzte eine lebhafte Aussprache ein. Die Rechte mit Einschluß des Zentrums wünschte die Streichung des Artikels, weil sie in ihm nur allgemeine Gesichtspunkte sieht, die einen lehrhaften Charakter tragen und dadurch zu mancherlei Unklarheiten Anlaß geben können. Die Linke war für Aufsetzung der Abstimmung und Vertagung bis zur dritten Lesung. In der Abstimmung wurde Artikel 107 mit ziemlicher Mehrheit abgelehnt, so daß er also aus dem Entwurf gestrichen wird.

Artikel 108 setzt die Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Deutschen, der Männer sowohl wie der Frauen, fest. Hierzu lagen eine Anzahl sozialdemokratischer Anträge vor, die aber zum Teil in namentlicher Abstimmung sämtlich abgelehnt wurden. Der Artikel wurde schließlich in der Fassung des Entwurfs angenommen. Er bestimmt unter anderem, daß Adelsbezeichnungen nur für einen Teil des Namens gelten und nicht mehr verliehen werden dürfen. Die sozialdemokratischen Anträge, den Adel völlig abzuschaffen, wurden abgelehnt. Orden und Ehrenzeichen dürfen nach dem jetzigen Wortlaut des Artikels vom Staat nicht mehr verliehen werden. Auch darf kein Deutscher von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen. Titel soll es nur geben, wenn sie eine Arbeit oder einen Beruf bezeichnen. Akademische Grade werden davon nicht betroffen.

Die Beratung wurde dann bis Artikel 113 fortgesetzt. Sämtliche Artikel werden im wesentlichen in der Verfassung des Entwurfs angenommen. Bei Artikel 111 gab Ministerpräsident Bauer die Erklärung ab, daß die Regierung alles tun werde, um den Deutschen, die in den jetzt abzutretenden Gebieten wohnen, später eine Rückkehr in den Staatenverband zu erleichtern. Morgen um 9½ Uhr wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt.

(Sitzungsbericht siehe Beilage.)

Militärische Uebergabekommission in Danzig.

ch. Thorn, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Uebergabe der militärischen Einrichtungen des Räumungsgebietes an den Freistaat Danzig und Polen und zur Abwicklung aller sich nach der Uebergabe noch ergebenden Fragen müssen militärische Verwaltungsbehörden zurückbleiben. Nach Mitteilung an zuständiger Stelle soll als Zentralstelle eine militärische Uebergabekommission in Danzig gegründet werden. Für zurückbleibende Militärs, Beamte und Angestellte soll Sorge getragen werden, insbesondere für Sicherstellung des persönlichen Schutzes. Für die vorausschtlich am längsten oder dauernd bestehen bleibenden Versorgungsabteilungen ist die Angliederung an die Zivilbehörden, eventuell Uebernahme der Angestellten als Zivilbeamte mit Pensionsberechtigung in Aussicht genommen. Ferner wird beabsichtigt: die Sicherstellung der Uebernahme von Beamten und Angestellten, insoweit diese wünschen, in polnische oder Danziger Dienste zu treten, für alle nicht übernommenen Beamten und Angestellten Sicherstellung vom Deutschen Reiche in bezug auf Uebernahme nach Erledigung der Abwicklungsgeschäfte. Die Gehaltszahlung während der Kommandierung zu den Abwicklungsstellen soll unbedingt sichergestellt werden.

Abnahme des englischen Kohlenexports.

London, 14. Juli. Im Unterhause gab Auckland Geddes eine lange und umfassende Erklärung über die Lage der Kohlenindustrie ab und betonte, daß der englische Kohlenexport rasch abnehme, während die hohen Kohlenpreise, die die englische Industrie zahlen müsse, die Ausfuhr von Fabrikaten ernstlich zu schädigen drohe.

Planwirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

Von

Dr. Otto Jöhlinger.

Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wissell ruft erneut das Problem „Planwirtschaft oder freie Wirtschaft" zur Diskussion auf. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß es sich bei den Erörterungen des Kabinetts keineswegs darum gehandelt hat, daß nach dem Rücktritt Wissells etwa eine grundsätzliche Aenderung des Systems eintreten soll. Schon die Tatsache, daß an Wissells Stelle wiederum ein Sozialist tritt, könnte jeden Zweifel darüber beseitigen, daß an eine Rückkehr zur Individualwirtschaft, wie wir sie vor dem Kriege gehabt haben, nicht gedacht wird. Und daran kann auch gar nicht gedacht werden, denn die Verhältnisse sind jetzt so völlig anders geartet, daß wir mit den alten Mitteln nicht mehr vorwärts kommen würden. Für die Regierung handelt es sich nicht also um eine Stellungnahme zu den beiden Extremen, sondern nur um eine Nüancierung. Wenn sich das Kabinett nicht auf die Wissellschen Pläne festlegen wollte, so hängt das nicht damit zusammen, daß die Mehrzahl der jetzigen Reichsminister etwa freihändlerisch wäre, sondern ausschließlich damit, daß einige der Pläne des früheren Reichswirtschaftsministers als zu weitgehend angesehen wurden. Grundsätzlich steht die Mehrheit der jetzigen Regierung, wie zugleich die Mehrheit der einsichtigen Volkswirte, auf dem Standpunkt, daß ein „laisser faire" jetzt unmöglich ist, daß die Reichsregierung eingreifen muß, selbst wenn sie es gar nicht erstreben würde. Der Streitpunkt geht nur um die Frage, wie weit der Eingriff erstreckt werden muß.

Alle Mitglieder des Kabinetts sind überzeugt davon, daß der jetzt zurücktretende Minister Wissell, und mit ihm sein Unterstaatssekretär Michard von Möllendorff, von dem besten Willen beseelt waren, und auch das Zugeständnis kann ihnen nicht vorenthalten werden, daß sie beide unbedingt konsequent gewesen sind. Sie haben sich das Ziel gestellt, die Einzelinteressen dem Gesamtinteresse unterzuordnen, und ihr ganzes System basierte auf einer solchen Einordnung. Mit Recht kann daher Wissell von sich sagen, daß er stets bestrebt gewesen ist, „alle Teile des schaffenden Volkes, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Industrie und Landwirtschaft, zu gemeinsamer Arbeit in treuer Pflichterfüllung der Gesamtheit gegenüber zusammenzubringen".

Wenn sich das Kabinett mit den Wissellschen Plänen nicht einverstanden erklärte, so liegt das, wie schon angedeutet, daran, daß den meisten die Konstruktion der Planwirtschaft etwas zu kompliziert war; so hat der Nachfolger Wissells die Aufgabe, das Ziel der Planwirtschaft mit einfacheren Mitteln zu lösen. Das Ziel selbst wird aber in beiden Fällen das gleiche bleiben.

Bedauerlich ist, daß die Kritik, die von den Interessentenverbänden an der Planwirtschaft geübt wurde, so negativ gewesen ist. Ersteres beschränkte sie sich — von ganz wenigen Ausnahmen in der Industrie abgesehen — auf eine glatte Ablehnung, ohne etwas Neues vorzuschlagen. Die Vertreter des Handels waren ausnahmslos Gegner des Planes. Sie gaben zwar alle zu, daß völlige Freiheit unmöglich sei; welcher Weg aber eingeschlagen werden sollte, wenn man die Planwirtschaft ablehnt, das hat uns keiner verraten! Ein weiterer Mangel, unter dem die Kritik augenscheinlich litt, war, daß Dinge in die Diskussion gezogen wurden, die mit der Planwirtschaft nicht das geringste zu tun hatten. Man hat zweifellos vorhandene Mißstände bei einigen Kriegsgesellschaften ins Treffen geführt, um gegen die Planwirtschaft Sturm zu laufen. Ja, man hat sogar — wie wir dieser Tage an dem Beispiel des Hansabundes gesehen haben — unzutreffende Behauptungen aufgestellt, nur um die Stimmung zu beeinflussen. Daß aber die Planwirtschaft etwas ganz anderes ist, als die Kriegsgesellschaften, das haben wir seinerzeit bei einer Kritisierung der Ideen Möllendorffs deutlich bewiesen. Möllendorff wollte jede Bureaukratisierung des Wirtschaftslebens vermeiden. Ihm schwebt die Selbstverwaltung der wirtschaftenden Kreise vor. Freilich wird in vielen Fällen der Kaufmann, dem ein Amt verliehen ist, bureaukratischer als es je ein Beamter gewesen ist.

Ein sehr ausgeprägtes Agitationsmittel gegen die Planwirtschaft schien vielen die Behauptung zu sein, daß durch die jetzige Verwaltungsorganisation der Außenhandel erschwert würde. Hierzu ist aber zu bemerken, daß die Formen, in denen sich jetzt die Regelung der Aus- und Einfuhr vollzieht, noch weit von denen entfernt sind, die Wissell angestrebt hat. Die jetzige Art, wie der Außenhandel überwacht wird, ist allerdings — das soll auch an dieser Stelle nicht beschönigt werden — außerordentlich mangelhaft. Das gilt weniger für die Einfuhr als für die Ausfuhr. Wenn der Fehler liegt, soll hier nicht untersucht werden. Aber Tatsache ist jedenfalls, daß die Uebermachung unserer Ausfuhr dringendst der Reform bedarf. Und zwar gilt das sowohl für die amtlichen als für die nichtamtlichen Stellen.

Wenn ein Kaufmann Ware ausführen will, muß er sich zunächst die Ausfuhrerlaubnis beschaffen. Um dies zu erreichen, sind gewisse Formalitäten zu erfüllen. Vor allem ist es erforderlich, daß er über die Herkunft der Ware sich ausweist, und daß er einen Einblick in die Preise gewährt. Es soll nämlich das verhindert werden, wogegen unsere Gegner stets so lebhaft Klage geführt haben, das „Dumping" auf dem Weltmarkt. Die Exporteurenden sind an gewisse Mindestpreise gebunden, und das Einhalten dieser Preise muß nachgewiesen werden. Gegen derartige Forderungen wird sich grundsätzlich nichts einwenden lassen. Nur ist das Verlangen durchaus berechtigt, daß die Genehmigungen zur Aus- und Einfuhr so schnell wie möglich vollzogen wird. Wenn, wie nachgewiesen wird, Ausfuhranträge drei Monate auf Erledigung warten, so ist das ein Zustand, für den es keine Verteidigung gibt. Unsere Ausfuhr ist für uns jetzt eine Lebensfrage. Sie wird um so dringender, je mehr Zahlungsmittel für unsere Einfuhr gebraucht werden. Da muß von unseren Behörden alles geschehen, was die Ausfuhr erleichtert. Eine gewissenhafte Prüfung der jetzigen Zustände muß zu dem Resultat kommen, daß den berechtigten Anforderungen nicht genügt wird. Schon in den Ausfuhrstellen, die für bestimmte Industriezweige errichtet sind, wird viel zu langsam gearbeitet, und die Beschwerden der Fachkreise über die zu lange Dauer der Erledigung sind sehr berechtigt. Deshalb wird es gut sein, wenn zunächst einmal an diesen Stellen der Geschäftsgang „entbureaukratisiert" wird.